



Wieder
nach
vorne



LANDESVERBAND BRANDENBURG

Brandenburg-Plan zur **Bundestagswahl 2025**

**BEIDE
STIMMEN
CDU**

1. Migration mit Konsequenz steuern

Es gilt die irreguläre Migration zu verhindern, die reguläre Migration zu steuern und die Integration zügig zu fördern. Nur so bleibt das Asylsystem dauerhaft funktionsfähig und gesellschaftlich akzeptiert. Wir bekennen uns zu einer offenen EU. Bis der Schutz der Außengrenzen aber funktioniert, gilt es, die illegale Einwanderung zu unterbinden – auch und gerade an der Brandenburger Grenze. Neben der Stärkung der Bundespolizei muss künftig auch die Zurückweisung von Asylbewerbern, die aus einem EU-Mitgliedsstaat einreisen, sofort an der Grenze erfolgen.

Das Konzept europäisch verwalteter Entscheidungszentren an der EU-Außengrenze unterstützen wir ebenso, wie auch Asylverfahren in sicheren Drittstaaten außerhalb Europas unter Einhaltung der erforderlichen rechtlichen Standards. Zudem wollen wir die wirtschaftlichen Anreize, Asylanträge in Deutschland zu stellen, deutlich verringern. Wir setzen uns für eine spürbare Absenkung der Sozialleistungen in Verbindung mit dem Sachleistungsprinzips und Bezahlkarten ein. Abgelehnte Asylbewerber müssen konsequent und unverzüglich in ihr Heimatland zurückkehren, insbesondere Gefährder und Straftäter. In Anbetracht der neuen Lage in Syrien müssen zügig alle rechtlichen, diplomatischen und organisatorischen Schritte für eine umfassende Rückkehr angegangen werden.

2. Bundeswehr stärken

Die Bundeswehr ist das Fundament unserer äußeren Sicherheit. Unsere Freiheit und unseren Wohlstand können wir nur sichern, wenn wir auch in der Lage sind, uns vor äußeren Gefahren zu schützen. Abschreckung ist kein Selbstzweck, sondern ein Gebot des Friedens. Deswegen muss die Bundeswehr im Bündnis mit unseren Partnern handlungs- und leistungsfähig sein. Wir setzen uns für den Ausbau der brandenburgischen Bundeswehrstandorte ein, insbesondere die Erweiterung des Bundeswehrstandortes Schönewalde/Holzdorf zum Standort der Raketenabwehr Ostdeutschlands wollen wir vorantreiben und unterstützen. Zur Verteidigungsfähigkeit gehört für uns auch eine leistungsfähige Industrie in diesem Bereich. Wir setzen uns für die Stärkung dieser Unternehmen und für Neuansiedlungen in Brandenburg ein. Sie schaffen nicht nur gut bezahlte Arbeitsplätze im Bereich der Verteidigungsgüter, sondern diese Dual-Use-Güter und -Technologien bieten insgesamt enormes wirtschaftliches Potenzial.

Unsere Soldatinnen und Soldaten sind Teil der Gesellschaft. Wir wollen ihre Anerkennung erhöhen und über ihren Dienst für Deutschland aufklären. Deshalb unterstützen wir die politische Bildungsarbeit der Bundeswehr und wollen den Zugang von Jugendoffizieren zu den Schulen erhalten. Dazu setzen wir uns für die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres ein.

3. Impulse für Wirtschaft und Wohlstand setzen

Die Sorge vor einem wirtschaftlichen Abschwung wächst deutschlandweit und das ist in Anbetracht der Kennzahlen berechtigt. Im gleichen Maße nehmen die Vorschläge unserer politischen Wettbewerber zu, mit einer immer detailreicheren staatlichen Steuerung und zusätzlicher Staatsverschuldung das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Dadurch wird noch mehr Bürokratie geschaffen. Perspektivisch führen höhere Staatsschulden zu einer weiter steigenden Steuerbelastung und letztendlich werden die unternehmerische Initiative und Investitionen weiter ausgebremst.

Wir brauchen wieder Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft als Garant für unseren Wohlstand. Ganz oben auf die Agenda gehört daher der Bürokratieabbau, der wieder mehr Freiraum und Flexibilität schafft. Konkret heißt das:

- Die Vorschläge für den Abbau unnötiger bürokratischer Lasten sollen gemeinsam mit den Kammern, Verbänden und Unternehmern erarbeitet werden, um Belastungen schnell zu identifizieren und umgehend Entlastungen zu erreichen.
- Wir stehen für eine wirksame Bürokratiebremse: Für jedes neue Gesetz oder jede neue Verordnung sollen drei Gesetze bzw. Verordnungen außer Kraft treten. Alles andere wäre angesichts der immensen bürokratischen Lasten zu unambitioniert.
- Bezogen auf europarechtliche Vorgaben gilt für uns die Eins-zu-eins-Umsetzung ohne zusätzliche nationale Regelungsverhärfung! Bestehende Umsetzungsregeln sind bis Ende 2026 dahingehend zu überprüfen und entsprechend anzupassen.
- Die Digitalisierung von Antragsstellungen, Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren muss bis 2028 flächendeckend und bereichsübergreifend möglich sein.
- Brandenburg braucht eine leistungs- und wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft, um die Versorgung mit Lebensmitteln und erneuerbaren Rohstoffen sicherzustellen. Wir werden unsere Landwirte dabei unterstützen und die bis Ende 2023 gültige Agrardieselrückvergütung wieder vollständig einführen.

Diese Maßnahmen garantieren Wachstumsimpulse, zusätzliche Investitionen, die Reduzierung von Verwaltungskosten und zusätzliches Geld im Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger.

Wirtschaftswachstum braucht die Fleißigen, Innovativen und Qualifizierten. Deshalb ist die Bekämpfung des Fachkräftemangels zentral, wenn unser Land wirtschaftlich wieder an der Wachstumsspitze stehen soll. Zentrale Punkte zur Stärkung unseres Fachkräftepotenzials sehen wir in der Verbesserung der Schul- und Ausbildung in Brandenburg mit einem Schwerpunkt auf die MINT-Fächer und einer Unterrichtsgarantie, sowie einer besser gesteuerten Fachkräftezuwanderung nebst schnellerer Bearbeitung der Verfahren zur Anerkennung der Berufsabschlüsse. Die Abschaffung des Bürgergeldes und die Einführung der Grundsicherung wird ebenfalls zusätzliche Menschen für den Arbeitsmarkt mobilisieren. Mit der Grundsicherung wird die Balance zwischen der notwendigen Unterstützung in schwierigen Lebensphasen und dem Anreiz zur Aufnahme einer Tätigkeit, wiederhergestellt.

4. Energieregionen und Industriestandort Brandenburg sichern

Mit der PCK in Schwedt und der Braunkohleverstromung in der Lausitz verfügt Brandenburg über wichtige Energieerzeugungskapazitäten für eine bezahlbare und sichere Energieversorgung weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Diese Regionen stehen durch politische Weichenstellungen, insbesondere im Zusammenhang mit der klimafreundlichen Transformation, vor enormen Herausforderungen. Die finanziellen Vereinbarungen des Strukturstärkungsgesetzes zum Kohleausstieg und auch die Zusagen für Schwedt als Transformationsregion müssen von einer neuen Bundesregierung uneingeschränkt eingehalten werden.

Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass auf Bundesebene der Transformationsprozess und der notwendige infrastrukturelle Umbau vorangetrieben werden. Dazu zählen die Unterstützung für die Finanzierung und die zeitnahe beihilferechtliche Genehmigung auf EU-Ebene zur Ertüchtigung der PCK-Versorgungsleitung zwischen Rostock und Schwedt, die Unterstützung für die Bewerbung der Lausitz als EU-Net Zero Valley-Region und auch die Koordinierung des Bundes für die Revitalisierung des Wasserhaushalts der Lausitz. Für die erfolgreiche Transformation sowie die Sicherung der industriellen Produktion im Land sind die rechtlichen Hürden für die CO₂-Abscheidungs- und Speicherungstechnologie (CCS) und Nutzungstechnologie (CCU) unverzüglich zu beseitigen und der infrastruktureller Anschluss Brandenburgs an diese Technologien sicherzustellen.

5. Netzausbau, Speicherkapazitäten und Ausbau von Erneuerbaren Energien synchronisieren

Der Ausbau von Erneuerbaren Energien, ohne dass entsprechende Netz- und Speicherkapazitäten zur Verfügung stehen, ist enorm teuer und leistet – wenn die erzeugte Energie nicht genutzt werden kann – keinen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz. Daher ist es für eine effiziente Energiewende unerlässlich, dass die Synchronisierung schnellstmöglich als Genehmigungsbestandteil verankert wird.

Zudem braucht die Energiewende die Akzeptanz der Bevölkerung. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Akzeptanzkriterien, wie z. B. der 1.000-Meter-Abstand zur Wohnbebauung oder die Sicherung der Beschlüsse der Gemeindevertretungen zum Ausbau von Flächensolaranlagen, auch im Bundesrecht verankert werden.

Nachteile bei den Netzentgelten für Standortregionen von Erneuerbaren Energieanlagen sind vollständig abzubauen. Wir wollen verhindern, dass Brandenburgs Einwohnerinnen und Einwohner für ihre Vorreiterrolle beim Ausbau der Erneuerbaren Energien mit einer höheren Stromrechnung bestraft werden und werden uns auf Bundesebene für umfassende Entlastungen einsetzen.

6. Strukturen im Gesundheitswesen stärken

Viele Krankenhäuser in Brandenburg befinden sich in einer äußerst schwierigen finanziellen Lage. Die finanzielle Absicherung überfordert oftmals die Träger und das gefährdet die medizinische Versorgung für die Brandenburgerinnen und Brandenburger. Ohne eine echte Krankenhausreform droht Planungsunsicherheit und die Insolvenz vieler Kliniken. Wir setzen uns im Land und auf Bundesebene für den Erhalt aller bestehenden Krankenhausstandorte in Brandenburg ein und wollen Klinikverbünde und Kooperationen fördern, um eine flächendeckende Grundversorgung auch in den ländlichen Regionen zu sichern. Wichtig ist für uns zudem, die ambulant-stationäre Versorgung weiterzuentwickeln und mit den Klinikstandorten zu verzahnen.

Die Ampelregierung hat nicht nur die Krankenhausreform unzureichend abgesichert, sondern auch mit der geplanten Apothekenreform für große Unzufriedenheit gesorgt. Wir fordern eine auskömmliche Finanzierung der Apotheken, damit die Versorgung mit Medikamenten auch in einem Flächenland wie Brandenburg sichergestellt ist.

Wir unterstützen die Einrichtung von Apothekenverbänden, weil sie eine bessere Verteilung von Filialen in der Fläche ermöglichen. Zugleich wollen wir sicherstellen, dass Fachkräfte vor Ort sind und das Apothekensterben verhindern.

Die stark gestiegenen Pflegekosten belasten die Menschen, da oftmals die Rente für die Pflegekosten nicht ausreicht. Es ist mittlerweile unumgänglich: Wir brauchen eine grundlegende Reform, die gemeinsam mit allen Beteiligten schnellstmöglich auf den Weg gebracht wird und die den Faktor Arbeit nicht zusätzlich verteuert.

7. Mobilität für Brandenburg unterstützen

Brandenburg ist **das** Pendlerland, sowohl bei der Zahl der Ein- und Auspendler als auch bei der Zeit- und Kostenbelastung. Gute Verkehrsanbindungen, intakte Straßen, ein engmaschiges und dichtfrequentiertes Schienen- und Busnetz sowie gut ausgebaute Radwege sind deshalb unverzichtbar für eine positive Entwicklung. Wir werden uns auf Bundesebene dafür stark machen, dass die wichtigen und teilweise liegengebliebenen Verkehrsprojekte endlich angegangen und finanziert werden. Dazu gehört in Brandenburg die Ostbahn. Die Strecke zwischen Deutschland und Polen ist für den Personenverkehr und auch für den Güterverkehr von großer Bedeutung und muss dringend so modernisiert werden, dass sie zweigleisig mit 160 km/h befahren werden kann.

Insgesamt müssen für die Ertüchtigung und den Ausbau der Schiene mehr Mittel in die Hand genommen werden. Wir wollen sicherstellen, dass der Bund zu seiner Zusage steht, die Hälfte der Regionalisierungsmitteln für den Schienenverkehr zu übernehmen.

8. Rechtssichere Entnahme des Wolfs und anderer geschützter Tierarten konsequent umsetzen

Wir werden darauf hinwirken, dass die Entnahme geschützter Tierarten zur Abwendung wirtschaftlicher Schäden für die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft aber auch zur Sicherung des Tourismuslandes Brandenburgs einfach, rechtssicher und im Einklang mit dem europäischen Rechtsrahmen ausgestaltet wird. Nachdem die europäische Ebene dafür den Weg freigemacht hat, werden wir die unkomplizierte Entnahme des Wolfes ermöglichen machen und die Weichen für ein echtes Bestandsmanagement stellen. Damit kann die Zahl der Wölfe in den Bundesländern individuell begrenzt und gleichzeitig dem Natur- und Artenschutz Rechnung getragen werden.

9. Öffentlicher Rundfunk – unabhängig, ausgewogen und bezahlbar

Freie Medien, Meinungs- und Pressefreiheit und eine objektive Berichterstattung sind unverzichtbar für unsere Demokratie. Es braucht jedoch dringend Reformen, um die wichtigen Kernaufgaben wie Information, Bildungs-, Kultur- und Unterhaltungsprogramme sowie ausgewogene und unabhängige Berichterstattung in Zukunft zu erfüllen. Die Reformanstrengungen müssen auch dem veränderten Mediennutzungsverhalten in der Gesellschaft Rechnung tragen. Wir setzen uns auf Bundes- und Landesebene für eine zeitgemäße Weiterentwicklung und schlanke Strukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein – auch um im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eine Beitragsgarantie zu gewährleisten.

10. Gesellschaftlichen Zusammenhalt und Erinnerungskultur stärken

Die Zeit der Corona-Pandemie hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt geschwächt. Hier gilt es, neues Vertrauen aufzubauen und die Gesellschaft wieder zusammenzuführen. Die aktive Auseinandersetzung mit den Entscheidungen während der Pandemie kann hierfür einen Beitrag leisten und ebenfalls zur erforderlichen Etablierung angemessener Reaktionsmechanismen bei künftigen pandemischen Bedrohungen beitragen.

Die Erinnerung an die totalitären Mechanismen und Opfer der SED-Diktatur verblasen nach 35 Jahren auch im Osten immer mehr. Deshalb wollen wir die Erinnerungskultur stärken und auf die veränderten Herausforderungen in der Bildungsarbeit strukturell reagieren. Das Menschenrechtszentrum in Cottbus ist bereits ein etablierter Gedenk- und Lernort und soll zu einer zentralen Einrichtung zur Erinnerung an das DDR-Unrecht und für politische Bildungsarbeit in Ostdeutschland entwickelt werden.